

Antrag 05/I/2026**Landesvorstand****Der Landesparteitag möge beschließen:****Empfehlung der Antragskommission****Annahme (Konsens)****Parteireform 4. Teil: Willkommenskultur, Awareness, Gleichstellung und Inklusion.**

1 Solidarität ist die wichtigste Grundlage für die innerpar-
2 teiliche Zusammenarbeit, denn die SPD ist eine Mitglie-
3 derpartei. Wir wollen als linke Volkspartei, dass alle Men-
4 schen sich einbringen und mitentscheiden können – un-
5 abhängig von Geschlecht, Herkunft, Religion oder Le-
6 bensweise. Wir wollen ein politisches Zuhause für Men-
7 schen mit unterschiedlichsten Lebensentwürfen und Hin-
8 tergründen sein.
9

10 Dafür haben wir in der Vergangenheit unterschiedliche
11 Maßnahmen für eine gleichberechtigte und diskriminie-
12 rungsfreie Teilhabe ergriffen:
13

14 Berlin ist der erste Landesverband, der die weibliche Dop-
15 pelspitze gefordert hat. Mit den jüngsten Parteireformen
16 haben wir u. a. die geschlechtergerechte Quotierung der
17 Antragskommission beschlossen und bei den beraten-
18 den Landesparteitagsdelegierten auf mehr Gleichstellung
19 der Geschlechter hingewirkt. Auch haben wir den politi-
20 schen Beschluss gefasst, dass unsere Wahlvorschläge auf
21 Bezirks-, Landes- und Bundesebene mit einer Frau begin-
22 nen sollen.
23

24 Gegen Diskriminierungen haben wir im Landesverband
25 unterschiedliche Maßnahmen ergriffen. Wir haben ein
26 Awareness-Team eingerichtet. Awareness bedeutet in
27 diesem Kontext, besondere Aufmerksamkeit für Diskrimi-
28 nierung, Grenzverletzungen oder unangemessenem Ver-
29 halten zu fördern. Damit haben wir erstmals ein Format
30 zur Vermittlung von Konflikten, Diskriminierungen und
31 Übergriffen geschaffen. Mit diesem erhalten Betroffene
32 Personen eine individuelle Unterstützung. Das zählt auf
33 eine gute Parteikultur und ein gutes Miteinander ein.
34

35 Im Kurt-Schumacher-Haus, unserer Parteizentrale und
36 den Kreisbüros haben wir geschlechtsneutrale Toiletten
37 geschaffen. Die Berliner Parteizentrale stellt ein kostenlo-
38 ses Angebot an Menstruationsartikeln auf den Toiletten
39 zur Verfügung.
40

41 Unsere Anträge müssen in geschlechtergerechter Sprache
42 verfasst werden. In der Geschäftsordnung haben wir die
43 Quotierung bei Redelisten verankert und einen Anspruch
44 auf identitätsentsprechende Ansprache geschaffen.
45

46 Bereits im Jahr 2014 haben wir ein umfassendes Leitbild
47 zur Gleichstellung für die SPD Berlin beschlossen.
48 Trotz dieser Fortschritte sind FINTA und Menschen mit Be-

49 hinderungen in unserer Partei noch unterrepräsentiert.
50 Wir wollen Diskriminierungen weiter abbauen und gleich-
51 zeitig Politik, Familie und Privatleben besser vereinbar ma-
52 chen. Dazu brauchen wir nicht nur formale Beschlüsse,
53 sondern einen parteiinternen kulturellen Wandel.

54

55 Vor diesem Hintergrund beschließt der Landesparteitag
56 auf Vorschlag der Organisationspolitischen Kommission
57 die nachfolgenden Maßnahmen:

58

59 **1 Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit bekämpfen -** 60 **Awarenessarbeit weiter stärken**

61

62 1. Es muss sichergestellt sein, dass ehrenamtliche Par-
63 teiarbeit frei ist von jeder Form von Diskriminierung,
64 d. h. Sexismus, Rassismus, Herabwürdigungen und
65 gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit. Das ver-
66 trauensvolle Miteinander ist eine zentrale Voraus-
67 setzung für eine solidarische und lebendige Partei.
68 Mit der Awareness-Richtlinie haben wir die Aware-
69 nessarbeit im gesamten Landesverband auf eine so-
70 lide Grundlage gestellt. Die Richtlinie wird dahin-
71 gehend überarbeitet, dass zukünftig der Landesvor-
72 stand das Awarenesssteam wählt.

73

74 1. Das Awareness-Team wird regelmäßig, mit entspre-
75 chendem Material, z.B. in Form eines Leitfadens, vor-
76 gestellt – vor allem neuen Mitgliedern. Ansprech-
77 personen werden klar erkennbar benannt.

78 2. Mittelfristig soll das ständige Awarenesssteam in die
79 Lage versetzt werden, Schulungsangebote zur grup-
80 penbezogenen Menschenfeindlichkeit in der Partei
81 anzubieten und als Multiplikatorin zu wirken. Da-
82 zu gehört auch ein Wissensaustausch über Arbeits-
83 weise und Diskriminierungsformen mit den Mitglie-
84 dern der Awareness-Teams aus Kreisen und Arbeits-
85 gemeinschaften. Der Landesverband wird dazu In-
86 formationsveranstaltungen nach dem Vorbild der
87 Parteischule durchführen.

88

89 **2 Inklusive und barrierefreie Parteilarbeit**

90

91 1. Die Berliner SPD hat das Ziel, eine inklusive und bar-
92 rierereife Partei zu sein. Alle Parteiveranstaltungen
93 – ob Sitzungen, Parteitage oder digitale Formate –
94 sollen inklusiv und barrierefrei gestaltet werden.

95 2. Nicht alles, was bei Großveranstaltungen, Behörden
96 und Unternehmen Standard ist, lässt sich im Partei-
97 alltag realisieren. Dies befreit uns jedoch nicht von
98 der Verantwortung, besser zu werden.

99 3. Der Landesvorstand beauftragt aus dem Kreis der
100 hauptamtlichen Mitarbeitenden künftig eine*n In-
101 klusionsbeauftragte*n, der auf die Umsetzung des

- 102 Inklusionsplans und den folgenden Maßnahmen
103 hingewirkt, sowie Menschen mit Behinderung ne-
104 ben der AG Selbst Aktiv als Ansprechperson zur Ver-
105 fügung steht.
- 106 4. Aufgrund der eingeschränkten Barrierefreiheit
107 der Sitzungssäle in den oberen Etagen im Kurt-
108 Schumacher-Haus begrüßen wir die Schaffung
109 weiterer barrierefreier Versammlungsräume im
110 Erdgeschoss, insbesondere in der Galerie. Die
111 Kreisbüros sollen barrierefrei sein. Die jewei-
112 ligen Voraussetzungen sollen geprüft und die
113 entsprechenden Maßnahmen (Rollstuhlrampen,
114 kontrastreiche Farbgebung, Induktionsschleifen
115 u.ä. Umbau von Toiletten) umgesetzt werden;
116 der*die Inklusionsbeauftragte unterstützt diesen
117 Prozess z.B. durch Beratung bei der Einwerbung von
118 Fördermitteln.
- 119 5. Einladungen sollen Hinweise zur Erreichbarkeit,
120 Barrierefreiheit bzw. Barrierearmut enthalten. Die
121 Einladungsgestaltung soll sich an der von der AG
122 Selbst Aktiv ausgearbeiteten Checkliste orientieren.
123 Darüber hinaus soll im Rahmen des Einladungsver-
124 sands Menschen mit Behinderung die Möglichkeit
125 gegeben werden, ihre Bedarfe mitzuteilen. Dafür
126 werden den Gliederungen und Arbeitsgemeinschaf-
127 ten eine Vorlage bereitgestellt. Veranstaltungsein-
128 ladungen des Landesverbands zu größeren Veran-
129 staltungen und Landesparteitagen sollen auch in
130 einfacher Sprache bereitgestellt werden.
- 131 6. Digitale Dokumente der Parteiarbeit sollen für blind-
132 e und sehbehinderte Menschen nutzbar sein. Da-
133 zu gehört ein ausreichend großes, kontrastreiches
134 Schriftbild sowie eine Formatierung von Überschrif-
135 ten und Texten, die diese maschinell lesbar macht
136 ("Screen-Reader"). Der* die* Inklusionsbeauftragte
137 wird gemeinsam mit der AG Selbst Aktiv eine Richtli-
138 nie dafür erarbeiten, die ohne besondere Computer-
139 kenntnisse oder zusätzliche Software auskommt. Ein-
140 ne Zusammenarbeit mit dem Allgemeinen Blinden-
141 und Sehbehindertenverband Berlin (ABSV) wird an-
142 gestrebt.
- 143 7. Die SPD Berlin wird ihr Wahlprogramm zukünftig in
144 mehreren Sprachen und in leichter Sprache zur Ver-
145 fügung stellen. Vorgesehen sind Übersetzungen in
146 die neben Deutsch in Berlin häufigsten Sprachen.
- 147 8. Die SPD Berlin stellt weiterhin gehörlosen Gen-
148 noss*innen Gebärdensprach-, Schriftdolmet-
149 scher*innen oder technische Hilfsmittel zur Verfü-
150 gung. Insbesondere muss dadurch das aktive und
151 passive Wahlrecht nach dem Grundsatz der Chan-
152 cengleichheit gewährleistet sein. Hierfür wird für
153 den Einzelfall eine bedarfsgerechte Finanzierung
154 geprüft.

155 9. Im Internet und den Sozialen Medien soll der Lan-
156 desverband von Menschen mit unterschiedlichen
157 Behinderungen und Einschränkungen auffindbar
158 sein. Informationen über Gliederung, Aufgaben, po-
159 litische Schwerpunkte, handelnde Personen, Mög-
160 lichkeiten der Beteiligung und Kontaktmöglichkei-
161 ten sollen nach dem Zwei-Sinne-Prinzip verfügbar
162 sein: Schriftlich, als Audio-Stream als Video in Deut-
163 scher Gebärdensprache - und jeweils auch in leich-
164 ter Sprache.

165

166 **3 Strukturen für mehr FINTA*-Personen in der Partei**

167

168 1. Wir streben Parität in allen Gremien, Delegationen
169 und Vorständen an. Die bisherige Mindestquote von
170 40 % nicht-männlicher Delegierten ist für uns nur
171 die Untergrenze.

172 2. Dies gilt auch für Nominierungen.

173 3. Bei Veranstaltungen der SPD Berlin ist es unser
174 Anspruch, Podien geschlechtergerecht zu besetzen
175 und Redebeiträge mindestens hälftig von FINTA hal-
176 ten zu lassen.

177 4. Nachhaltige Verhaltensänderungen bei den han-
178 delnden Menschen sind die Voraussetzung für den
179 Abbau der Hürden für FINTA* in der SPD. Der Lan-
180 desverband führt (wie im Leitbild für Gleichstellung
181 2014 vom Landesparteitag beschlossen) regelmäßi-
182 ge Gendertrainings ein, in denen Menschen in Füh-
183 rungspositionen in der Partei geschult werden. Laut
184 Leitbild soll diese für alle Mitglieder von geschäfts-
185 führenden Vorständen verpflichtend sein. Die Gen-
186 dertrainings werden mindestens zweimal jährlich
187 angeboten.

188 5. Mentoringprogramme und Empowerment-
189 Schulungen für FINTA* werden vom Landesverband
190 finanziell wie organisatorisch unterstützt.

191 6. Auf Kreis- und Landesebene gibt es regelmäßig ei-
192 nen Kennenlern-Termin für die nicht-männlichen
193 Neumitglieder der Partei.

194 7. Die Social-Media- und Öffentlichkeitsarbeit der SPD
195 Berlin wird geschlechtergerecht gestaltet und auch
196 in der Außendarstellung FINTA* angesprochen.

197 8. Doppelspitzen führen dazu, dass mehr FINTA* in
198 Führungsverantwortung in der Partei gehen. Um die
199 Vertretung der Doppelspitzen auf der nächsthöhe-
200 ren Ebene zu gewährleisten, wird das Statut geän-
201 dert, so dass sich Doppelspitzen mit Stimmberech-
202 tigung in den Gremien vertreten können.

203 9. Um die Diskriminierung von TINA*Personen, die sich
204 weder als männlich noch als weiblich identifizieren,
205 in unserer Partei weiter abzubauen, setzen wir die
206 Arbeit der auf dem Landesparteitag 1_2024 im An-
207 trag 09/I/2024 beschlossenen Reformkommission

208 fort. Diese soll eine Regelung erarbeiten, welche alle
209 nicht-männlichen Personen bei Quotierungen ad-
210 äquat berücksichtigt. Der Landesvorstand wird sich
211 nach Abschluss der Arbeit der Reformkommission
212 für eine entsprechende Änderung der Geschäftsord-
213 nung und eine Satzungsänderung auf Bundesebe-
214 ne einsetzen. Langfristig müssen wir erreichen, dass
215 alle nicht-männlichen Personen angemessen reprä-
216 sentiert und beteiligt werden, so z.B. auch bei den
217 Wahlen von Delegationen, Vorständen und Listen.

218

219 **4 Familienfreundliche Parteiarbeit - Auf Sorgearbeit Rück-** 220 **sicht nehmen**

221

222 1. Auf größeren Veranstaltungen, insbesondere Lan-
223 desparteitagen, wird auch künftig eine Kinderbe-
224 treuung zur Verfügung gestellt. Daneben soll auf
225 Landesparteitagen ein Rückzugsort für Eltern und
226 Kinder eingerichtet werden, sofern dies organisato-
227 risch umsetzbar ist. Auch bei Kreisdelegiertenver-
228 sammlungen und Landesdelegiertenversammlun-
229 gen der Arbeitsgemeinschaften wird künftig - so-
230 fern noch nicht geschehen - Kinderbetreuung an-
231 geboten. Die Kinderbetreuung wird vorrangig vor
232 Ort angeboten. Sollten sich nur wenige Eltern auf
233 das Angebot zurückmelden, ist eine Übernahme von
234 Kosten für Babysitting gegen Vorlage der Rechnung
235 möglich. Im Vorfeld der Veranstaltung ist stärker
236 auf das Betreuungs- oder Kostenerstattungsange-
237 bot hinzuweisen und bereits in der Einladung als
238 Hinweis aufzunehmen. Auch bei weiteren Veran-
239 staltungen ist auf eine kinderfreundliche Kultur zu
240 achten (z.B. Kinderspielecke, kinderfreundliche Uhr-
241 zeiten, etc).

242 2. Sich während Parteitagen und Kreisdelegiertenver-
243 sammlungen parallel um Kinder zu kümmern, ist
244 für die sorgearbeitende Person mit hohem Aufwand
245 verbunden. Damit sich diese Personen besser an De-
246 batten beteiligen können, nehmen wir ein außeror-
247 dentliches Rederecht für Delegierte mit Verantwor-
248 tung für Kinderbetreuung vor Ort auf Parteitagen in
249 die Geschäftsordnung auf.

250 3. Sitzungen sollen insgesamt familienfreundlicher
251 werden. Familienfreundliche Sitzungszeiten und -
252 orte, beispielsweise im Freien oder am Wochenen-
253 de, alternierende Termine (andere Wochentage), hy-
254 bride Sitzungen oder die Abwechslung von Präsenz-
255 und digitaler Sitzung sind einige der Varianten,
256 die genutzt werden können, um mehr Mitgliedern
257 die Teilnahme zu ermöglichen. Um eine teilweise
258 Anwesenheit den Tagesordnungspunkten anpassen
259 zu können, werden Einladungen zu Gremiensitzun-
260 gen mit einer Tagesordnung und geplanter Bespre-

- 261 chungszeit unterlegt.
- 262 4. Insbesondere digitale bzw. hybride Sitzungen und
 263 Anwendungen sollen für eine bessere Vereinbar-
 264 keit von Sorgearbeit und Engagement genutzt wer-
 265 den. Die auf Landesebene tätigen Arbeitsgemein-
 266 schaften, Fachausschüsse und Arbeitskreise sollen
 267 einen Teil ihrer Sitzungen digital anbieten. Dafür
 268 werden die Angebote für hybride Sitzungen im Kurt-
 269 Schumacher-Haus ausgebaut. Digitale Tools können
 270 die Zusammenarbeit erleichtern. Auch werden die
 271 Ergebnisse der Sitzungen (u. a. in Protokollen) fest-
 272 gehalten und zeitnah versandt. Neben dem KSH soll
 273 langfristig auch in den Kreisbüros die Möglichkeit
 274 für hybride Sitzungen geschaffen werden.
- 275 5. Die Geschäftsordnung wird dahingehend ange-
 276 passt, dass reguläre Sitzungen nicht länger als zwei
 277 Stunden dauern sollen. Verlängerungen müssen zur
 278 Abstimmung gestellt werden. Redezeitbegrenzung-
 279 en und das Reißverschlussprinzip inkl. Regelungen
 280 zu Ende der Debatte sollen in allen Sitzungen Stan-
 281 dard sein.
- 282 6. Um mehr Sichtbarkeit für die Abwesenheit auf-
 283 grund von Sorgearbeit zu erzielen, kann auf Wunsch
 284 im Protokoll vermerkt werden, wenn jemand wegen
 285 Sorgearbeit nicht teilnehmen kann.
- 286 7. Das Leitbild für Gleichstellung und eine Checklis-
 287 te für die Organisation von Parteisitzungen und
 288 -veranstaltungen werden im Infoportal bereitge-
 289 stellt. Nach Parteiwahlen werden die geschäftsfüh-
 290 renden Vorstände auf die Informationen im Infopor-
 291 tal hingewiesen.

292

293 **5 Stärkung der Gleichstellungsbeauftragten (bzw. Ver-**
 294 **trauens Beauftragten)**

- 295
- 296 1. Zur besseren Verständlichkeit ihrer Aufgaben soll-
 297 ten die Vertrauensbeauftragten in Gleichstellungs-
 298 beauftragte umbenannt werden, wie dies bereits in
 299 einigen Kreisen praktiziert wird. Sie sind Ansprech-
 300 partner:innen für alle strukturellen gleichstellungs-
 301 politischen Fragen innerhalb der Partei.
- 302 2. Für die Tätigkeit der Gleichstellungsbeauftragten
 303 auf Kreis- und Landesebene wird eine Aufgabenbe-
 304 schreibung erstellt. Zu den Aufgaben gehören ins-
 305 besondere:
- 306
- 307 • Begleitung der Umsetzung der Vorschläge im Lan-
 308 desgleichstellungsbericht in den Abteilungen, Krei-
 309 sen und im Land,
 - 310 • Leitbilder für Gleichstellung der Kreise,
 - 311 • Förderung der Gleichstellung von FINTA innerhalb
 312 der Partei,
 - 313 • Ansprechperson bei Problemen von unquotierten

314 Listen, Kreis-, Abteilungs-, Arbeitsgemeinschafts-
315 vorständen.

316

317 Ansprechpersonen für Fragen von Sexismus und anderen
318 Formen von Diskriminierung sind die geschaffenen Awa-
319 renessstrukturen.

320 1. Gleichstellungsbeauftragte werden künftig vom
321 Landesvorstand, den Landesarbeitsgemeinschaf-
322 ten, Fachausschüssen, den Kreisen und Abteilungen
323 benannt. Bei den Arbeitsgemeinschaften sollte
324 im Wahlprotokoll explizit ein Feld auf die Wahl
325 von Gleichstellungsbeauftragten hinweisen, damit
326 die Anzahl an Gleichstellungsbeauftragten in Ar-
327beitsgemeinschaften zunimmt. Diese Funktion soll
328 insbesondere von Vorstandsmitgliedern ausgeübt
329 werden.

330 2. Die Gleichstellungsbeauftragten des Landes-
331 vorstands und der Kreise erhalten eine eigene,
332 unabhängige Mailadressen und sind auf der Web-
333 seite der jeweiligen Gliederung auffindbar. Sie sind
334 berechtigt, über die Kreisbüros oder das KSH die
335 Mitglieder über ihre Arbeit zu informieren.

336 3. Auf Kreisebene wird empfohlen, Vernetzungsstruk-
337 turen zwischen den Gleichstellungsbeauftragten
338 der Kreise und Abteilungen zu schaffen. Dazu kön-
339 nen insbesondere Gleichstellungskommissionen
340 auf Kreisebene eingerichtet werden.

341

342 **6 Stärkung der Landesgleichstellungskommission:**

343

344 1. Die Aufgabenbeschreibung der Landesgleichstel-
345 lungskommission (LGK) wird erweitert. Neben der –
346 durch das Kurt Schumacher Haus unterstützten - Er-
347 stellung des Gleichstellungsberichts werden zu den
348 Aufgaben auch die Erarbeitung von (strukturellen)
349 Maßnahmen und Hilfestellungen zur Verbesserung
350 der Gleichstellung im Landesverband gehören. Über
351 die LGK sollte eine Koordination der Vertrauensbe-
352 auftragten (künftig Gleichstellungsbeauftragten) in
353 den Kreisen stattfinden.

354 2. Die LGK lädt zu Beginn einer Amtszeit nach den
355 erfolgten Parteiwahlen alle Vertrauensbeauftrag-
356 ten der Abteilungen, Kreise, Arbeitsgemeinschaften
357 und Fachausschüssen ein und stellt sich und ihre Ar-
358 beit vor. Dabei stellt sich auch das Awarenesssteam
359 vor.

360 3. Die Landesgleichstellungskommission trifft sich
361 mindestens einmal in jedem Quartal.

362 4. Die LGK wird als Kommission gem. § 23* VII Statut
363 vom Landesvorstand gebildet. Mitglieder der LGK
364 sind:

- 365 • die Landesgleichstellungsbeauftragte, die vom Lan-
366 desvorstand ernannt wird (Co-Vorsitz),

- 367 • ein Mitglied des GLV der SPD Frauen (Co-Vorsitz)
- 368 • ein Mitglied des GLV,
- 369 • die von den Kreisen, Arbeitsgemeinschaften und
- 370 Fachausschüssen ernannten Gleichstellungsbeauf-
- 371 tragten, (falls keine Person ernannt wird, eine Per-
- 372 son aus dem Vorstand)
- 373 • ein:e Vertreter:in des ständigen Awarenesssteams
- 374 mit beratender Stimme,
- 375 • eine vom KSH benannte hauptamtliche Ansprech-
- 376 person mit beratender Stimme.

377

378 **7 Nachwuchsförderung**

379

380 Die SPD lebt davon, dass sich Menschen aller Altersgrup-
 381 pen mit unterschiedlichen Perspektiven einbringen. Junge
 382 Menschen sind unsere Zukunft. Wir müssen deshalb vor
 383 allem junge Menschen für die aktive Parteiarbeit gewin-
 384 nen. Gleichzeitig sind aktuell zwei Drittel der Mitglieder
 385 in der SPD Männer und nur ein Drittel Frauen. Wir setzen
 386 deshalb einen Schwerpunkt bei der Förderung von weibli-
 387 chen und nicht-männlichen Mitgliedern und verpflichten
 388 uns zum Aufbau von weiblichem Spitzenpersonal auf al-
 389 len Ebenen. Wir fördern gezielt das Engagement von mi-
 390 grantisierten Menschen.

- 391 1. Wir werden gezielte und breite Kampagnen zur in-
 392 haltlichen Ansprache in Sozialen Medien durchfüh-
 393 ren.
- 394 2. Es soll eine Task Force unter Einbindung der Jusos ge-
 395 gründet werden, die erarbeitet, wie konkrete junge
 396 Menschen für die Partei gewonnen werden können.
- 397 3. Um gezielt FINTA anzusprechen wollen wir:
 - 398 • gezielte jährliche (regelmäßige) Werbekampagne
 399 für FINTA
 - 400 • Familienfreundliche Onboarding-Angebote
 - 401 • Onboarding-Angebote gezielt für Frauen, z. B. zum
 402 Frauen-Netzwerken
 - 403 • Zuteilung einer Ansprechpartner*in als Begleitung
 - 404 • FINTA*Mentoring Programm
 - 405 • Konsequenter Ausbau der Angebote für bspw. Semi-
 406 nare, die bei der Entwicklung von Personen helfen
 407 (Rhetorik, Orga etc.) und bei der zukünftigen Aus-
 408 übung von Mandaten unterstützen.

409

410 **8 Austrittsmanagement**

411

412 Die SPD führt ein Austrittsmanagement ein, um austritts-
 413 willige Mitglieder zurückzugewinnen Dies setzt zum ei-
 414 nen eine strukturierte Erfassung der Austrittsgründe und
 415 der Zeit der Mitgliedschaft voraus. Zum anderen ist im
 416 Austrittsfall eine zielgerichtete Ansprache nach den fol-
 417 genden Grundsätzen vorzunehmen:

- 418 • Die Austrittserklärung erfolgt ohne Angabe eines
 419 Grundes: Der/die Mitgliederbeauftragte nimmt te-

420 telefonisch Kontakt auf.

421 • Als Austrittsgrund wird Unzufriedenheit mit poli-
422 tischen Entscheidungen auf Kreis/Land oder Bun-
423 desebene angegeben: Mit Bezugnahme auf die dar-
424 gestellten Argumente bietet der / die Mitglieder-
425 beauftragte schriftlich /per Mail ein klärendes Ge-
426 spräch an. Falls keine Reaktion erfolgt, wird die Kon-
427 taktaufnahme telefonisch versucht. Den Ehrenamt-
428 lichen werden hierzu Argumentationshilfen durch
429 die Fraktionen und dem Parteivorstand bereitge-
430 stellt.

431 • Als Austrittsgrund werden finanzielle Probleme (
432 z.B. Arbeitslosigkeit, Eintritt in den Ruhestand an-
433 gegeben) : Dem Mitglied wird eine Reduzierung des
434 Beitrags angeboten. In sehr gravierenden Fällen (z.
435 B. Pflegefall) kann bei langjähriger Mitgliedschaft
436 geprüft werden, ob die Übernahme einer Paten-
437 schaft vermittelt werden kann.

438 Verantwortlich für die Dokumentation und Ansprache
439 sind die Mitgliederbeauftragten der Abteilungen. Falls das
440 austrittswillige Mitglied den entsprechenden Wunsch äu-
441 ßert, nimmt ein Mitglied des Abteilungsvorstandes bzw.
442 des Kreisvorstands an den Rückgewinnungsgesprächen
443 teil. Zur Unterstützung der Mitgliederbeauftragten er-
444 stellt die Organisationspolitische Kommission ein Hand-
445 out mit einem Leitfaden für die Dokumentation und Kom-
446 munikation. Es wird empfohlen, dass sich die Mitglieder-
447 beauftragten der unterschiedlichen Gliederungsebenen
448 regelmäßig über Erfahrungen und Entwicklungen austau-
449 schen, damit relevante Erkenntnisse allen zur Verfügung
450 stehen.